

Ich les' online.  
➔NRWZ.de

28.09.2010, 20:22:44 Uhr

Ingeborg Gekle-Maier: „Der Standort ist für eine Justizvollzugsanstalt ungeeignet.“

## Im Wortlaut: Die Rede der Gefängnisstandort-Gegnerin

**ROTTWEIL, 28. September (gg) - Vor rund 500 Demonstranten sprach am Dienstagabend in der Rottweiler Innenstadt Ingeborg Gekle-Maier von der Bürgerinitiative gegen das bei Zepfenhan geplante Großgefängnis. NRWZ online veröffentlicht die Rede der Gefängnisstandort-Gegnerin im Wortlaut.**

„Der Standort ist für eine Justizvollzugsanstalt ungeeignet.“ - So lautet der Beschluss des Gemeinderats der Stadt Rottweil vom 18. März 2009 zum geplanten Großgefängnisstandort Esch an der Neckarburg. Allerdings - noch nicht - der Beschluss des Gemeinderats der Stadt Rottweil zum geplanten Großgefängnisstandort im Bitzwald.

„Grüß Gott“ , liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, mein Name ist Ingeborg Gekle-Maier. Ich freue mich als Vertreterin der Bürgerinitiative gegen Großgefängnis in Rottweil, dass Sie auch heute wieder so zahlreich dabei sind, um aktiv für Umwelt- und Naturschutz vor unserer Haustüre, für den Erhalt unseres Bitzwalds zu kämpfen.

Mit unserem gemeinsamen Einsatz für Umwelt- und Naturschutz befinden wir uns in bester Gesellschaft. Auch das Land Baden Württemberg und die Stadt Rottweil sowie alle im örtlichen Gemeinderat vertretenen Fraktionen betonen in ihren Leitlinien den eigenen Willen und die eigene Verpflichtung zur Übernahme von Verantwortung für Umwelt- und Naturschutz.

Der Landesentwicklungsplan Baden Württemberg wirkt gezielt darauf hin, die Inanspruchnahme freier Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke und den Verbrauch von Rohstoffen, Energie und Wasser auf das für eine langfristig ausgewogene Entwicklung notwendige Maß zu begrenzen. Die natürlichen Lebensgrundlagen sind demnach dauerhaft zu sichern. Die Naturgüter Boden, Wasser, Luft und Klima sowie die Tier und Pflanzenwelt sind zu bewahren und die Landschaft in ihrer Vielfalt und Eigenart zu schützen und weiterzuentwickeln.

Es soll bei Neubauten auf Flächen zurückgegriffen werden, die dem Naturkreislauf bereits entzogen worden sind.

Die Leitlinien für Umweltschutz der Stadt Rottweil fordern ebenfalls den Erhalt der natürlichen Umwelt des Menschen durch eine schonende und nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen.

Es ist daher für uns alle unverständlich, meine lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger, dass dieselbe Landesregierung und derselbe Gemeinderat nun Neubaupläne für ein Gefängnismonstrum im Bitzwald auf der Gemarkung Zepfenhan überhaupt in Erwägung ziehen.

Für dieses Projekt sind die Landesregierung und der Gemeinderat Rottweil nach bisherigen Mitteilungen bereit einen hohen Preis zu zahlen:

Der Preis für einen Großgefängnisneubau im Bitzwald ist hoch, er beträgt die

Vernichtung von ca. 25.000 Bäumen Versiegelung einer Fläche von ca. 150.000 m<sup>2</sup> Zerstörung wertvollen Lebensraums für seltene Tiere und Pflanzen Zerstörung intakter Natur durch eine 2000 m lange u. 5,5 m hohe Mauer Verschandelung unseres Landschaftsbildes für die nächsten 100 Jahre Der Preis dafür ist nach Meinung der unmittelbar von diesem Neubau betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu hoch:

Wir sind nicht bereit, ihn zu bezahlen!

Wir, das sind nicht die Anhänger einzelner politischer Gruppierungen, wir sind Menschen aus allen Bevölkerungsschichten: jung und alt, bescheiden oder wohlhabend, Handwerker und Akademiker, Auszubildende oder Rentner, Landwirte und Beamte. Wir alle sorgen uns um unser heimatliches und landschaftliches Erbe.

Wir demonstrieren heute hier in Rottweil gegen den im Bitzwald geplanten Raubbau an völlig intakter Natur.

Wir demonstrieren heute hier in Rottweil um an unsere Gemeinderäte zu appellieren: Stimmen Sie morgen für Umwelt- und Naturschutz, für den Erhalt natürlicher Ressourcen auch für Folgegenerationen, stimmen Sie gegen einen Großgefängnisbau im Bitzwald, denn

„Der Standort ist für eine Justizvollzugsanstalt ungeeignet.“

Liebe Freunde, vor einer Woche erschien eine Pressemitteilung der baden-württembergischen Landtagsabgeordneten Ilka Neuenhaus und Dr. Bernd Murschel der Partei Bündnis 90/ die Grünen zum geplanten Neubau der Justizvollzugsanstalt Rottweil unter der Überschrift „Stächele betreibt Lokalpolitik“ .

Die Grünen im Stuttgarter Landtag hatten in einer Landtagsanfrage vorgeschlagen, neben Standorten in Rottweil und Umgebung auch in den benachbarten Landkreisen wie Emmendingen, Freudenstadt, Schwarzwald-Baar, Tuttlingen und Zollernal nach Alternativen zu suchen. Dies beantwortete der baden-württembergische Finanzminister Stächele damit, dass sich die Landesregierung auf eine Suche im Raum Rottweil beschränke.

Die Nachfrage der Grünen zu eventuellen umweltverträglicheren Alternativstandorten beispielsweise Konversionsflächen der Bundeswehr wurde von Herrn Minister Stächele nicht einmal beantwortet“

Es ging den Grünen mit dieser Ministerantwort wie uns bei der Bürgerversammlung am 05.07.10 in der Stadthalle in Rottweil.: Damals beantwortete Herr Ministerialdirigent Knödler, ebenfalls vom Finanzministerium in Stuttgart, die Frage, ob es in Baden Württemberg durch die Landesregierung eine Suche nach Alternativstandorten gegeben habe, mit vielsagendem Schweigen.

Die Landesregierung versteckt sich hinter der Stadt Rottweil! Landesaufgaben gehören aber nicht zu den Obliegenheiten unseres Gemeinderates.

Niemand kann von der Stadt Rottweil erwarten oder verlangen, an Stelle eines kleinen Gefängnisses, in dem nur ca. 25 Gefangene einsitzen, ein Großgefängnis für 500 oder 600 Häftlinge zu bewilligen.

Das entspricht auch nicht dem Deal, der vor gut 35 Jahren eingegangen wurde. Auch wenn die Stadtverwaltung nicht müde wird, zu betonen, dass dies seit Jahrzehnten beschlossene Sache sei , so wie es gestern zuletzt Herr Burzan pflichtschuldig bei der Anhörung des Ortschaftsrates von Zepfenhan erwähnte.

Noch hat der Gemeinderat der Landesregierung keinen Blankoscheck für die Errichtung eines Großgefängnisses gegeben.

Das von der Stadtverwaltung angestrebte Großgefängnis in der freien Natur würde unser aller Leben, auch das Profil der Stadt und der Region - als Anziehungspunkt für den Tourismus - nicht nur verändern, sondern

nachhaltig für Generationen verschlechtern.

Rottweil wird – entgegen allen Panikparolen - auch ohne Großgefängnis weiterleben, wenn es sich nur ernsthaft um die Ansiedlung nachhaltig arbeitender Wirtschaftsbetriebe bemühen würde.

Uns aber, den verwunderten Bürgern bleibt die Erkenntnis, dass eigennützige Interessen der Stadt Rottweil unter Missachtung der eigenen ökologischen Leitlinien, unter Missachtung des massiv bekundeten Bürgerprotestes und unter Missachtung der einstimmigen Beschlüsse der Ortschaftsverwaltungen Neukirch und Zepfenhan gegen das Bauvorhaben im Bitzwald von der schwarz-gelben Landesregierung in Stuttgart und unserem Rottweiler Gemeinderat befürwortet werden sollen.

Die Rottweiler Stadtverwaltung hat – im Gegensatz zu anderen Ortschaften der Region - nicht sorgfältig gewirtschaftet. Sie hat ihre Ersparnisse für Prestigeobjekte wie den Kapuziner, die Stadthalle und die Aufhübschung der Hochbrücktorstraße ausgegeben. Den jährlichen Abmangel ihrer Großprojekte hat sie nie ernsthaft kalkuliert.

Die Bürger der Teilorte sollen nun das Defizit ausgleichen, indem man ihre bisher unberührte Landschaft an der Kreisgrenze für Schlüsselzuweisungen des Landes verhökert und ihnen den einzigen Vorteil ihrer dezentralen Wohnlage nimmt: Die unmittelbare Nähe zur Natur.

Mitglieder des Rottweiler Gemeinderates haben in bisher nicht erkennen lassen, dass sie die Probleme im Zusammenhang mit der Planung des Großgefängnisses begriffen haben. Sie glauben, die Bewohner der Teilorte Neukirch und Zepfenhan mit zynischen oder unglaubwürdigen Formeln belehren zu müssen: In Rottweil stellen mit dem geplanten Votum für den Großgefängnisstandort Bitzwald selbst die lokalen Grünen um Ritter Max Burger Umwelt- und Naturschutzbelange ins Abseits! Ihren Namen haben sie nicht verdient! In Ihrem aktuellen Antrag, der morgen im Gemeinderat veröffentlicht wird, stellen sie lediglich Umweltschutzforderungen, welche der Gesetzgeber eh schon zwingend vorschreibt. Dieser scheinheilige Aktionismus spricht Bände!!

Wir Bürger fragen uns, für wen der Rottweiler Gemeinderat sich eigentlich zuständig fühlt. Für uns - die angeblichen Rottweiler Bürger - oder für die derzeitigen Interessen des Landes? Wenn sie nicht unsere Interessen vertreten, sollten die Damen und Herren des Gemeinderates doch besser versuchen, sich in den Landtag wählen zu lassen.

Die Landesgrünen denken und handeln da allerdings anders!"

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, ich beende meine Ausführungen mit einem Zitat aus der Pressemitteilung der Landes Grünen das da fordert, (...) in die Standortsuche um den geplanten JVA-Neubau viel stärker als bisher Umweltgesichtspunkte zu integrieren. Wörtlich heißt es: „Die Rodung von so großen Waldflächen wie derzeit von der Landesregierung favorisiert, stellt einen großen Eingriff in Natur und Landschaft dar. Erforderlich ist die Suche nach Standorten mit möglichst geringem oder keinem Flächenverbrauch, zum Beispiel Konversionsflächen der Bundeswehr oder nicht mehr genutzte Industriebrachen.(...)Dem Ziel des Nettonull-Flächenverbrauches verschreibt sich die Landesregierung in allen Sonntagsreden. Hier könnte sie beweisen, dass sie dieses von ihr selbst formulierte Ziel auch ernsthaft und nicht nur auf dem Papier anstrebt.“ (...)

Morgen können Sie, liebe Rottweiler Stadträtinnen und Stadträte, wie beim Standort Esch beweisen, dass Sie Ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden und Umwelt- und Naturschutz ernsthaft und nicht nur auf dem Papier anstreben, dass Sie sich nicht hinter dem Land verstecken.